



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

E-Mail: tarife@e-control.at

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65	Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/So/Jo	Michael Soder	DW 12859	DW 142859	27.07.2020

TARIFE 2.1 - Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Konsultationsentwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit der Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich soll die Tarifstruktur aktualisiert und an die Gegebenheiten des sich weiterentwickelnden Stromsystems (wachsender Anteil erneuerbarer Energien, Sektorkoppelung, dezentrale Erzeugung etc) angepasst werden. Die Tarifstrukturreform 2.1 verfolgt dabei die Ziele der Vereinfachung und der Transparenz, der Stärkung des Verursacherprinzips in der Kostentragung und auch die Abbildung von Erneuerbaren Energiegemeinschaften (EEGs) in der Tarifierungssystematik. Zur Förderung letzterer sollen auch entsprechend Anreizmechanismen (zB Ortstarif für EEGs) in der Tarifstruktur umgesetzt werden.

Die BAK regt an:

- Die geplante Umstellung der Leistungspauschale für Haushalte auf gemessene Leistungen hat die Situation unterschiedlicher VerbraucherInnengruppen zu berücksichtigen. Soziografische und sozioökonomische Merkmale sind in die Analyse aufzunehmen und eindeutige und nachvollziehbare Berechnungsbeispiele vorzulegen.
- Adäquate Berechnungsbeispiele für die Auswirkungen der Neugestaltung der einzelnen Tarifkomponenten sind durchzuführen, insbesondere im Hinblick auf einkommensschwache und schutzbedürftige Haushalte, überdies sind die systemischen Auswirkungen vertiefender zu beschreiben.
- Umsetzung der im Rechnungshofbericht „Energiewirtschaftliche Maßnahmen gegen Energiearmut“ (Reihe Bund 2020/23) enthaltenen Empfehlungen, insbesondere im

Hinblick der Empfehlung einer Befreiung von energiearmen Haushalten von verbrauchsunabhängigen Entgelten.

- Die BAK unterstützt die E-Control hinsichtlich der vorgeschlagenen Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts und der Reform des Netzzutrittsentgelts.
- Die Rechte der KonsumentInnen im Zusammenhang mit Smart Meter (insbesondere Datenschutzrechte) dürfen durch die Netzentgeltreform nicht geschwächt werden.
- Demand-Side-Management-Maßnahmen für Haushalte werden von der BAK kritisch gesehen. Diese dürfen ausschließlich auf Freiwilligkeit beruhen.
- Der Zugang zu neuen Modellen wie „Erneuerbaren Energiegemeinschaften“ ist – unter Wahrung aller konsumentenrechtlichen Regelungen – auch energiearmen und einkommensschwachen Haushalten zu ermöglichen. Der Empfehlung des Rechnungshofes ist zu folgen.
- Die BAK befürwortet die Beibehaltung des Netzverlustentgelts, regt jedoch eine Prüfung zur Ausweitung auf kleine EinspeiserInnen (größer 5 MW) an.

Übersicht/Allgemeiner Teil

Die BAK erkennt die Notwendigkeit einer Anpassung der bestehenden Tarifierungssystematik insbesondere vor dem Hintergrund des sich wandelnden Stromsystems und den damit einhergehenden neuen Herausforderungen an. Wie die Vergangenheit bereits gezeigt hat, ist gerade das Stromsystem von großer Bedeutung, wenn es darum geht, die klima- und energiepolitischen Zielsetzungen auch in anderen Sektoren zu erreichen. Negative Wechselwirkungen sind jedenfalls zu vermeiden und die Systemkosten im Allgemeinen – sowie die Netzkosten im Besonderen – möglichst gering zu halten. Insbesondere sind soziale Erwägungen miteinzubeziehen, um negative Auswirkungen auf einkommensschwache und schutzbedürftige Haushalte zu vermeiden. Das vorliegende Konsultationspapier der Energie-Control Austria für die Regulierung der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control) bietet aus Sicht der BAK eine erweiterte Grundlage für die notwendigen Diskussionen rund um eine Weiterentwicklung der Tarifierungssystematik. Fragen nach verteilungspolitischen Auswirkungen, Effekten der Dezentralität und neuer AkteurInnen verlangen aber unbedingt einer eingehenderen und detaillierteren Behandlung.

Die Netzkosten werden gemäß den gesetzlichen Grundlagen auf die NetznutzerInnen umgelegt, wobei die privaten Haushalte (Netzebene 7, nicht gemessen) die Hauptlast der anfallenden Netzkosten tragen. Obwohl sie nur rund 25 % des Stroms in Österreich verbrauchen (Abb 1), tragen die privaten Haushalte rund 45 % der Netznutzungsentgelte (NNE) und des Netzverlustentgelts (NVE) (Tab 1).

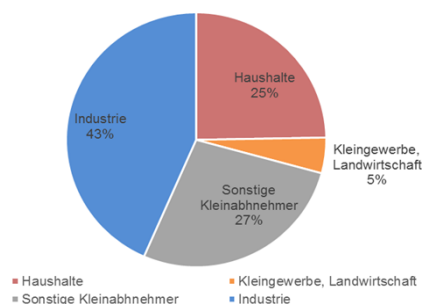


Abb.1.: Stromabgabe an EndverbraucherInnen (2017) Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen auf Basis E-Control Daten 2017

Netz-ebene	EndverbraucherInnen	Kostentragung (in %) (Netznutzungs und –verlustentgelt)
NE 3	Große / Mittlere Industrie	2,4%
NE 4	Große / Mittlere Industrie	3,0%
NE 5	Großer Gewerbebetrieb, Kleine Industrie	14,0%
NE 6	Mittlerer Gewerbebetrieb, große Geschäftslokale	10,3%
NE 7	Gesamt	70,3%
	Haushalte (nicht gem.)	45,0%
	Kleingewerbe (nicht gem.)	7,7%
	Landwirtschaft (nicht gem.)	2,0%
	Sonstige (nicht gem.)	0,3%
	(gemessen)	12,2%
	Haushalte (unterbrechbare)	3,1%

Tab.1: Kostentragung des Netznutzungs- und Netzverlustentgelts. Quelle: Eigene Darstellung und Berechnungen auf Basis E-Control 2017: 22

Aufgrund der bestehenden, überproportionalen Kostenbelastung von HaushaltskonsumentInnen im Zuge der Weiterentwicklung der Stromnetzentgeltstruktur fordert die BAK eine kosten- und verursachergerechte Neuaufteilung der Tarifkomponenten. Diese muss insbesondere soziale Kriterien berücksichtigen. Unverständlich ist aus Sicht der BAK, warum der Frage der Kostenwälzung zwischen den Netzebenen im vorliegenden Konsultationspapier kein Raum gegeben wurde. Schließlich ist diese Frage im Hinblick auf innovationsfördernde Elemente zur Systemintegration von dezentralen erneuerbaren Stromerzeugungsanlagen von großer Bedeutung. Vordringliches Ziel sollte es sein, eine innovative Netzentgeltstruktur zu entwickeln, die sowohl für Erzeuger als auch für Netzbetreiber und VerbraucherInnen sinnvolle Anreize schafft, um die Netzkosten insgesamt zu senken. Für die BAK sind aufgrund der derzeitigen Kostenbelastung vordringlich folgende zentrale Punkte in der vorgesehenen Strukturänderung zu berücksichtigen:

- Faire, verursachungsgerechte Kostentragung durch alle NetznutzerInnen
- Soziale Verträglichkeit und besondere Berücksichtigung von schutzbedürftigen Gruppen
- Vorhersehbarkeit, Transparenz und Verständlichkeit der Netzentgelte
- Anreizwirkung zur Steigerung der Energieeffizienz
- Anreizwirkung für Systeminnovationen, netzdienliches Verhalten und Steigerung der Kosteneffizienz

Mit dem Konsultationspapier „Tarife 2.1“ schlägt die E-Control umfangreiche Strukturänderungen an den bestehenden Netztarifen vor. Die Auswirkungen und Effekte der zur Diskussion gestellten Tarifänderungen werden aber leider nur unzureichend thematisiert. Es fehlen Berechnungen und nachvollziehbare Darstellungen der Auswirkungen der vorgeschlagenen Tarifänderungen auf unterschiedliche VerbraucherInnengruppen. Damit ist auch eine detaillierte Beurteilung der angedachten strukturellen Anpassung der Netztarife schwierig.

Ebenso vermeidet das Konsultationspapier weitestgehend eine umfassende Diskussion wesentlicher Fragen im Umgang mit den Herausforderungen an das neue Stromsystem. So sind grundsätzliche Fragen der Kostenwälzung, der Dezentralität und der damit verbundenen kürzeren Transportwege ebenso wie der Umgang mit zunehmenden Handelsaktivitäten im Strommarkt unterbelichtet. Aus Sicht der BAK ist für den weiterführenden Diskussionsprozess die Einbettung der Netztarifstrukturänderung in parallellaufende Strategie-, Reform-, und Maßnahmenbemühungen auf EU-Ebene und in Österreich im Hinblick auf die Erreichung der Energie- und Klimaziele bis 2030 und darüber hinaus wichtig.

Zu den Punkten im Detail

2. Anschlussentgelte (Netzzutrittsentgelt und Netzbereitstellungsentgelt)

Die Behörde schlägt in ihrem Konsultationsentwurf eine Aufwertung und Ausweitung des Netzzutrittsentgelts mittels Überführung in ein neues Anschlussentgelt vor. Im Gegenzug dazu wird das Netzbereitstellungsentgelt abgeschafft. Die BAK sieht die Streichung des Netzbereitstellungsentgelts als positiv, da es bisher im Zusammenhang mit dieser Komponente immer wieder zu Unklarheiten bzw zu hohen Nachverrechnungen gekommen ist. Die Neuregelung der Netzzutrittsentgelte und deren Ausweitung durch einen pauschalierten Anteil sollten jedoch mit Berechnungsbeispiele über die Auswirkungen dargestellt werden, um eine bessere Nachvollziehbarkeit und Transparenz zu gewährleisten. Hinsichtlich des pauschalierten Anteils, der im Falle von netzdienlichem Verhalten bei der Einspeisung von Strom ins Netz (zB Strom aus Photovoltaik) bis zu 100 % reduziert werden soll, ist grundsätzlich zu hinterfragen, ob durchschnittliche PV-HaushaltseinspeiserInnen überhaupt netzdienlich agieren können. Dies sollte zuerst durch die E-Control nachvollziehbar überprüft und dargestellt werden, bevor es Überlegungen zu einer etwaigen Senkung des Netzzutrittsentgeltes kommt. Auch bei Industrie und Gewerbe stellt die Einspeisung ins Netz nicht per se schon ein netzdienliches Verhalten dar. Hier gilt es auch die Netzdienlichkeit tatsächlich nachzuweisen.

3.1 Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Leistungs- und Arbeitsanteilen

Im Kapitel 3.1 des vorliegenden Konsultationspapiers wird das Tarifgefüge zwischen dem Arbeitsanteil und dem Leistungsanteil des Netznutzungsentgelts beschrieben. Aus verteilungspolitischer Sicht kommt dem Netznutzungsentgelt besondere Bedeutung zu, da mit dieser Entgeltkomponente fast 2/3 der Netzkosten in Höhe von rund 1,6 Mrd Euro finanziert werden. Im besonderen Fokus der Reformvorschläge steht der Leistungspreis (gemessene KundInnen) bzw die Leistungspauschale für private Haushalte (nicht gemessene KundInnen). Ziel der E-Control ist es, der Leistungskomponente mehr Gewicht im Vergleich zu den Arbeitsanteilen zukommen zu lassen und zukünftig auf der Netzebene 7 die Leistung der HaushaltskundInnen nicht mehr pauschal zu verrechnen, sondern zu messen. Die Behörde erwartet sich dadurch, die Anreize für netzdienliches Verhalten zu stärken um somit die Gesamtkostenentwicklung zu senken. Dieser Effekt auf die Anreizwirkung ist aus Sicht der BAK eine theoretische Annahme, die sich in der Praxis in dieser Form kaum finden lässt. Vielmehr stellt ein solches Vorgehen für die privaten Haushalte eine grundsätzliche

Systemumstellung dar und muss entsprechend begleitet werden. Denn während die meisten Haushalte wissen, welches Verhalten zu hohem Stromverbrauch führt, dürfte das auf die Verursachung von Leistung bzw Leistungsspitzen nicht zutreffen. Die Vorhersehbarkeit der Stromkosten ist für viele Haushalte damit nicht mehr gegeben.

Aktuell wird die Leistung (kW) auf Ebene der privaten Haushalte nicht gemessen, sondern eine jährliche Pauschale verrechnet. Hierfür wird dem Haushalt ein standardisiertes Lastprofil (H0) von 4 kW zugeordnet. Mit der letzten SNE-VO Novelle 2018-2020 wurde diese Leistungspauschale von 30 Euro um 20 % auf 36 Euro erhöht. Die nun im Konsultationsvorschlag enthaltene Neuregelung sieht eine grundlegende Änderung für die Haushalte vor. Zukünftig soll keine Pauschale mehr verrechnet, sondern die tatsächlich genutzte Leistung gemessen werden. Für die Verrechnung sind im Konsultationsentwurf zwei Varianten vorgeschlagen. Variante 1 sieht einen generellen Leistungspreis von 20 Euro pro kW und Variante 2 einen gestaffelten Leistungspreis vor. Bis 8 kW einen Leistungspreis von 20 Euro je kW und darüber hinaus einen Leistungspreis von 41,16 Euro für jedes weitere kW (S 14 ff). Dies würde bei angenommener durchschnittlicher Leistung (4 kW) eine Erhöhung der Pauschale von bisher 36 Euro auf 80 Euro pro Jahr bedeuten. Im Gegensatz dazu soll es zu einer Absenkung der Arbeitspreise kommen. Die Erhöhung verbrauchsunabhängiger Tarife sind aus verteilungspolitischer Sicht aber besonders problematisch. Denn VerbraucherInnengruppen mit wenig Verbrauch (zB einkommensschwache Haushalte, energiearme Haushalte) profitieren von einer Reduktion des verbrauchsabhängigen Arbeitspreises kaum, werden jedoch durch die Erhöhung der verbrauchsunabhängigen Leistungskomponente benachteiligt. Die E-Control argumentiert, dass geringer Energieverbrauch und hohe Leistung vorwiegend auf ZweitwohnbewohnerInnen zutrifft, klammert dabei jedoch die Gruppe besonders schutzbedürftiger KonsumentInnen aus, die ein ähnliches Verbrauchsmuster aufweisen können. Selbst in der Analyse des Samples im vorliegenden Konsultationsentwurf zeigt sich, dass auch KleinverbraucherInnen (bis 1.500 kWh/a) mit teils erheblichen Leistungsspitzen durch die geplanten Änderungen mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert wären. Die Auswirkungen der Systemumstellung, insbesondere vor dem Hintergrund der vorgeschlagenen Regelungsvarianten, sind aus Sicht der BAK über Vergleichsrechnungen darzustellen. Besonderer Fokus muss hierbei insbesondere auf einkommensschwache Haushalte gelegt werden. Für diese Gruppe sind Maßnahmen zu treffen, um sie vor hohen Kostenbelastungen zu schützen. Die BAK verweist in diesem Zusammenhang auf die Empfehlungen des Rechnungshofes, der für energiearme Haushalte eine Befreiung von verbrauchsunabhängigen Tarifkomponenten vorschlägt.

Grundsätzlich ist aus Sicht der BAK eine verursachergerechte Ausgestaltung der Tarifierung zu begrüßen. Gleichzeitig muss aber auf die Situation unterschiedlicher VerbraucherInnengruppen geachtet werden. Die BAK ersucht in diesem Zusammenhang eine eindeutige Unterscheidung und eine verständliche Definition der verschiedenen VerbraucherInnengruppen vorzunehmen, nämlich zwischen „gewöhnlichen VerbraucherInnen“, „Prosumern“ sowie „VerbraucherInnen mit besonderen Anwendungen, also jene mit regelmäßig hohem Leistungsbezug („heavy users“).

Ein weiterer zentraler Punkt für die BAK ist die grundsätzliche Frage, welcher Leistungswert für die Festlegung der zu verrechneten Leistung herangezogen wird. Grundsätzlich wird die

Leistung in 15-Minuten Intervallen gemessen. Jede Viertelstunde hat einen Leistungswert. Die E-Control schlägt vor, den höchsten Wert in jedem Monat (jeder Monat hat 31x24x4 oder 30x24x4 Leistungswerte) heranzuziehen und aus den 12 Werten eines Jahres den Durchschnitt zu bilden. Man könnte aber genauso den Durchschnitt von 365 Tageshöchstwerten heranziehen. Auch dieser Wert wäre sachgerecht. Die BAK ersucht deshalb Vergleichsrechnungen über die unterschiedlichen Varianten und deren Auswirkungen für weiterführende Diskussionen vorzulegen.

Das reine Abstellen auf das arithmetische Mittel der Monatshöchstwerte, wie von der E-Control vorgeschlagen, ist für private Haushalte nicht verursachergerecht. Auch die Häufigkeit und Gleichzeitigkeit der Leistungsspitzen – also wie häufig Haushalte in einer Netzregion gleichzeitig viel Leistung brauchen – ist zu berücksichtigen. Gerade bei den privaten Haushalten ist – im Gegensatz zu Industrie und Gewerbe – der Faktor der Gleichzeitigkeit nicht im selben Ausmaß gegeben. Eine Trafostation versorgt mehrere Haushalte. Hat nur ein Haushalt eine Leistungsspitze, so ist dies für den Trafo und das Netz keine außergewöhnliche Belastung. Nur in dem Fall, dass viele Haushalte gleichzeitig und häufig eine Leistungsspitze aufweisen, muss das Stromnetz verstärkt oder ausgebaut werden.

Weiters ist es für die BAK im Zusammenhang mit der Berechnungsgrundlage der Tarifstrukturreform fraglich, ob die gewählte Stichprobe ausreicht bzw. ausreichend repräsentativ ist, um damit Aussagen über die Grundgesamtheit aller Haushalte in Österreich treffen zu können. Der von der E-Control verwendete Datensatz setzt sich aus Daten von 1.507 gemessenen und 20.795 nicht gemessenen KundInnen, welche regional ausschließlich in Oberösterreich verortet sind, zusammen. Die soziografischen und sozioökonomischen Merkmale (zB Einkommen, technische Ausstattung, Energieverbrauch) unterscheiden sich regional aber wesentlich. Ausführungen, ob die Repräsentativität der Stichprobe gewährleistet ist, fehlen allerdings.

Voraussetzung für die Leistungsmessung bei Haushalten sind intelligente Stromzähler (Smart Meter). Die BAK ist sich bewusst, dass die Frage, wie diese Leistungsmessung bei Opt-Out-KundInnen erfolgen könnte, nicht einfach zu beantworten ist. Die Erfassung der monatlichen Leistungswerte ist durch die derzeit gesetzliche Regelung für Opt-Out-KundInnen rechtlich nicht gedeckt¹.

Eine Änderung der geltenden Opt-Out-Regelung sieht die BAK als nicht zielführend an. Vielmehr sollte nach (technischen) Lösungen gesucht werden, die keine Änderung der gesetzlichen Regelung der Opt-Out-Regelung erfordern.

¹ Die Intelligente Messgeräte-Einführungsverordnung – IME-VO, StF: BGBl. II Nr. 138/2012 besagt dazu: „...lehnt der Endverbraucher die Messung mittels intelligenten Messgeräts ab, hat der Netzbetreiber diesem Wunsch zu entsprechen. Der Netzbetreiber hat in diesem Fall einzubauende oder bereits verbaute intelligente Messgeräte derart zu konfigurieren, dass keine Monats-, Tages- und Viertelstundenwerte gespeichert und übertragen werden“.

3.4 Flexibilitätsanforderungen in der Entgeltstruktur

Im vorgelegten Konsultationspapier geht die Behörde ausführlich auf mögliche Entwicklungen des Energiemarktes in der Zukunft ein, insbesondere im Hinblick auf den immer höheren Anteil volatiler Energieerzeugung und den damit verbundenen Herausforderungen für die Stabilität des Stromnetzes. Abhilfe können hierbei nachfrageseitige Flexibilitäten bieten (Demand-Side-Management), also Maßnahmen, um den eigenen Stromverbrauch zu reduzieren oder zu erhöhen. Die BAK steht dem Demand-Side-Management nicht ablehnend gegenüber, allerdings liegen die Lastverschiebungspotentiale vor allem im Bereich der Industrie und des Gewerbes. Denn es darf nicht darauf vergessen werden, dass die Zurverfügungstellung von Flexibilitäten einer Präqualifizierung durch den Netzbetreiber bedarf und bei Nichterbringung die Zahlung einer Pönale droht. Es geht darum sicherzustellen, dass die Leistung bei Bedarf tatsächlich geliefert werden kann. Es ist fraglich, ob durchschnittliche Haushalte diesen Anforderungen entsprechen können. Jedenfalls ist sicherzustellen, dass Flexibilisierungsmaßnahmen bei Haushalten mit ausreichender und verständlicher Informationen flankiert werden und auf Freiwilligkeit beruhen müssen. Man muss sich aber bewusst sein, dass Flexibilitätsmaßnahmen nur von einer relativ kleinen Gruppe von Haushalten angeboten werden können. Denn um den Verbrauch aktiv und zeitlich zu gestalten, braucht es auf der einen Seite kostenintensive technische Voraussetzungen, Zugang zu Information und ein entsprechendes Wissen sowie auf der anderen Seite die zeitlichen Flexibilitäten, um die eigene Stromnachfrage tatsächlich sinnvoll verschieben zu können. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass mit komplexer werdenden Konstrukten die Kosten für den Haushaltsstromverbrauch intransparenter und unvorhersehbarer werden. Daher ist darauf zu achten, dass Systemumstellungen und Anreizsysteme mit Bedacht erfolgen und keinesfalls zum Entstehen einer Zwei-Klassen Energiegesellschaft beitragen.

Den Vorschlag der E-Control eines dreigliedrigen Systems der Leistungsbereitstellung (garantierte, eingeschränkte und überschrittene Leistung) sieht die BAK als Modell für die Industrie und das Gewerbe, nicht aber für private Haushalte. Für viele Haushalte stellt die vorgesehene Umstellung von Leistungspauschale auf gemessene Leistung bereits eine Herausforderung dar. Eine weitere Komponente in der Leistungsmessung könnte dazu führen, dass es zu höheren Kosten für Haushalte kommt (zB Pönalen, wenn die vereinbarte Leistung überschritten wird). Vor allem einkommensschwache Haushalte wären davon negativ betroffen, während einkommensstarke Haushalte mit entsprechend technischer Ausrüstung davon profitieren könnten. Aus Sicht der BAK müssen jedenfalls Schritte in Richtung Flexibilitäten bei Haushalten auf Freiwilligkeit beruhen und ihre Einführung durch eine breite und umfassende Informationsbereitstellung flankiert werden. Ebenso muss für Haushalte jederzeit die Möglichkeit bestehen, die Vereinbarung über die Bereitstellung von Flexibilitäten zu kündigen. Die BAK begrüßt die Überlegungen zur Weiterentwicklung der unterbrechbaren Tarife sowie den Ansatz, vom derzeitigen System der Tag- und Nachttarife abzugehen.

Zusammenfassend muss gerade in den Themenfeldern des Demand-Side-Managements, der aktiven KundInnen sowie bei der Bereitstellung von Flexibilitäten insbesondere auf Freiwilligkeit, umfassende Information und hohe Transparenz Wert gelegt werden. Die BAK sieht die bisher in der Konsultation enthaltenen Überlegungen technisch geprägt. Deshalb ist

besonders auf die Interessen der Standard-NutzerInnen und schutzbedürftigen KundInnengruppen zu achten. Dies betrifft insbesondere die Punkte Verständlichkeit, Transparenz und Stabilität, welche stärker in den Überlegungen der E-Control zur Umgestaltung der Tarifierungssystematik zu berücksichtigen sind.

4. Netzverlustentgelt

Als Netzverluste werden jene physikalischen Strommengenverluste bezeichnet, die im Zuge des Transports und der Verteilung im Stromnetz entstehen. Die Netzbetreiber müssen diese physikalischen Verluste, also die Mengendifferenz zwischen Einspeisung und Abgabe, durch die Beschaffung von entsprechenden Strommengen ausgleichen. Das Netzverlustentgelt soll die Kosten für diese Beschaffung abdecken. Das Entgelt ist von allen EntnehmerInnen sowie allen EinspeiserInnen mit einer Anschlussleistung größer 5 MW zu bezahlen. Die E-Control spricht sich in ihrem Konsultationsentwurf explizit für die Beibehaltung dieser Grenze aus und argumentiert, dass eine Änderung nicht praktikabel sei. Für die BAK ist diese Begründung nicht ausreichend.

Ein Absenken der bestehenden Grenze von größer 5 MW für EinspeiserInnenbeteiligung ist durchaus induziert, um eine verursachergerechte Beteiligung aller EinspeiserInnen zu gewährleisten. Diese Variante sollte daher überprüft und diskutiert werden.

6. Messleistungen

Mit dem Messentgelt werden die Kosten für die Messung des Stromverbrauches abgedeckt. Diese Kosten sind sowohl von den NetznutzerInnen als auch von den EinspeiserInnen zu tragen. Im Konsultationsvorschlag wird eine Integration des Messentgeltes in das Netznutzungsentgelt vorgeschlagen. Die BAK spricht sich gegen diesen Vorschlag aus. Einerseits aus verteilungspolitischen Erwägungen, weil die Netznutzungsentgelte ausschließlich durch NetznutzerInnen zu tragen sind, andererseits weil die Kosten für die Messung nicht mehr nachvollziehbar wären. Letzteres sieht die BAK gerade im Lichte der Diskussionen rund um die Finanzierung der Einführung der Smart Meter als problematisch an. Im Zuge des Smart Meter Roll-Outs werden die Kosten für die Messdienstleistungen in den nächsten Jahren steigen. Diese Entwicklung sollte für die VerbraucherInnen möglichst transparent dargestellt werden. Außerdem dient das Messentgelt auch als Information für die VerbraucherInnen darüber, welche Kosten Vor-Ort im Zählerkasten durch die Messung (zB ein oder zwei Zähler, Drehstrom-/Wechselstromzähler, Rundfunksteuereinheit etc) entstehen.

Zwar ist die Rechnungsvereinfachung ein wichtiges Ziel, jedoch gibt es dafür auch andere Möglichkeiten. Eine Subsummierung der Messentgelte unter die Netznutzungsentgelte ist daher aus Sicht der BAK abzulehnen.

8.1 Erneuerbare Energiegemeinschaften - Erhöhung des Eigenverbrauchs

Das Clean Energy Paket der EU sieht vor, dass Erneuerbare Energiegemeinschaften (EEGs) auf nationaler Ebene umzusetzen sind. Allerdings ist die regulatorische Ausgestaltung für

EEGs derzeit schwierig, da es noch keine nationale gesetzliche Regelung dafür gibt. Als zentraler Anreizmechanismus für EEGs ist die Einführung eines eigenen, niedrigeren Netztarifes, dem sogenannten „Ortstarif“ vorgesehen. Grundsätzlich ist bei der Gestaltung von Ausnahmeregelungen, wie es der Ortstarif darstellt, auf die Verteilungswirkung der Kostentragung zu achten. Ebenso ist aus Sicht der BAK darauf zu achten, dass auch energiearme oder einkommensschwache Haushalte die Möglichkeit der Teilnahme an EEGs haben. Dies entspricht auch einer Empfehlung des Rechnungshofes, der darauf hinweist, *„sicherzustellen, dass die Beteiligung an Erneuerbaren-Energie-Gemeinschaften allen Verbrauchern offensteht, auch jenen, die in einkommensschwachen oder bedürftigen Haushalten leben“*.²

8.3 Weiterentwicklung der Stromrechnungen

Die größte Herausforderung für die Haushalte stellt die geplante Umstellung auf gemessene Leistung dar. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, die KundInnen umfassend über diese Systemumstellung zu informieren. Wie bereits ausgeführt, wissen die wenigsten Haushalte was Leistung (kW) ist und wie Leistungsspitzen entstehen. Diese Informationen müssen in einfacher und klarer Form vor einer Umstellung erfolgen.

Die Stromrechnung ist für durchschnittliche KonsumentInnen immer noch schwer verständlich. Statt dem Streichen von Rechnungspositionen wäre es aus Sicht der BAK zweckmäßiger, die einzelnen Positionen verbraucherfreundlicher darzustellen und stärker mit dem eigenen Verbrauchsverhalten in Relation zu setzen. Die einzelnen Rechnungspositionen sollten einfach und möglichst bildlich dargestellt werden. Insbesondere sollte unterscheidbar hervorgehoben werden, welche Tarife unabhängig und welche abhängig vom eigenen Verbrauchsverhalten sind. Des Weiteren kann eine detailliertere Darstellung des Verbrauchsverhaltens, wie dies mit Smart Meter möglich sein wird, den KonsumentInnen helfen, die zeitliche Entwicklung (zB in Form von Mehrjahresvergleichen oder Monatsvergleichen) nachzuvollziehen.

8.2 Soziale Aspekte der Tarifierung

Wie die E-Control richtig im Konsultationspapier ausführt, ist die Bedachtnahme auf soziale Verträglichkeit neben den allgemeinen Grundsätzen der Tarifierung ein besonders wichtiger Aspekt, auf den geachtet werden muss. Die Netzentgelte sind jedenfalls so auszugestalten, dass einkommensarme Personen nicht benachteiligt werden. Umso verwunderlicher ist es, dass die E-Control gesonderte Netztarife für schutzbedürftige KundInnen in ihrem Konsultationsentwurf ausschließt und nur auf die bestehenden Ökostrombefreiungen für einkommensarme Haushalte verweist.

Dies steht im diametralen Widerspruch zu dem erst unlängst veröffentlichten Rechnungshofbericht „Energiewirtschaftliche Maßnahmen gegen Energiearmut“. Der Rechnungshof empfiehlt dahingehend explizit und mit Nachdruck, dass „... auch alternative

² Rechnungshofbericht „Energiewirtschaftliche Maßnahmen gegen Energiearmut“, Reihe Bund 2020/23, S.72

Möglichkeiten zur Befreiung von verbrauchsunabhängigen Kostenbestandteilen bei Strom, Gas und Fernwärme (bei Strom z.B.: die Grundpauschale, die Leistungspauschale und das Entgelt für Messleistungen) sowie von Energiesteuern für energiearmutsbetroffene Haushalte zu prüfen“³ sind.

Die BAK schließt sich der Argumentation des Rechnungshofes an und ersucht die Behörde, den Empfehlungen des Rechnungshofes in der neuen Tarifierungssystematik nachzukommen.

³ Rechnungshofbericht „Energiewirtschaftliche Maßnahmen gegen Energiearmut“, Reihe Bund 2020/23, S.75

